

## **PRESSEAUSSSENDUNG uniko 26.11.09**

### **Rektoren fordern Konsequenzen nach dem Hochschuldialog**

Am Tag nach dem von Bundesminister Hahn einberufenen „Hochschuldialog“ nahmen am Donnerstag namens der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) Rektor Christoph BADEL, Präsident der uniko, WU, Rektor Gerald BAST, Stv. Präsident der uniko, Angewandte sowie Rektor Georg WINCKLER, Mitglied des Präsidiums der uniko, Universität Wien im Rahmen einer Pressekonferenz Stellung zu den Ergebnissen der Veranstaltung.

#### **1. Wer hat jetzt welche Schritte zu setzen?**

Der „Hochschuldialog“ hat gezeigt, dass bei der Lösung der anstehenden Probleme verschiedene Adressaten bzw. mehrere Handlungsebenen zu beachten sind: So richten sich einige Forderungen der Studierenden an die Bundesregierung, andere an das Parlament, manche an die einzelnen Universitäten.

In der Budgetfrage ist die **Politik** (Bundesregierung, aber auch Parlament) aufgerufen, ihre Versprechungen nun rasch in die Tat umzusetzen und die erforderlichen **Investitionen** in die tertiäre Bildung zu tätigen. Wo es nötig ist, müssen die Universitäten im Rahmen ihrer Autonomie die Möglichkeit erhalten, vertretbare Studienbedingungen durch entsprechende **Regelungen** herzustellen.

Einige der aufgeworfenen Fragen sind im Rahmen der **Universitätsautonomie** dezentral lösbar und zu lösen. Dazu zählen insbesondere die Gestaltung der Studieneingangsphasen sowie Verbesserungsbedarf in den Studienplänen im Zuge der Umsetzung der „**Bologna**“-Reform.

#### **2. Verbindliche Roadmap zur Universitätsfinanzierung – jetzt!**

Sowohl der österreichische Nationalrat als auch die Bundesregierung haben sich wiederholt zum Ziel bekannt, **2 % des Bruttoinlandsprodukts für den tertiären Bildungsbereich** aufzuwenden, sind aber konkrete Schritte bislang schuldig geblieben. Insbesondere hat die Universitätsfinanzierung mit den stark steigenden Studierendenzahlen nicht Schritt gehalten. An der **verbindlichen Festlegung eines Wachstumspfad**s für die Universitätsfinanzierung führt daher kein Weg vorbei. Investitionen in Bildung und Forschung sind ein wichtiges Element des Wegs aus der Wirtschaftskrise – deswegen müssen gerade jetzt in diesem Bereich größere Schritte gemacht werden!

Die uniko fordert auf Basis einer Modellrechnung, den Universitäten beginnend mit 2010 **jährlich zwischen 150 und 200 Mio. € zusätzlich** (additiv) zur Verfügung zu stellen, um innerhalb der kommenden Jahre eine signifikante Annäherung an das 2 % - Ziel zu erreichen. Diese Roadmap ist noch heuer in Form eines Bundesgesetzes in den Nationalrat einzubringen und spätestens im 1. Quartal 2010 zu beschließen. Die erforderlichen Mittel sind beträchtlich, aber bei entsprechender Schwerpunktsetzung seitens der Politik ist ein solcher Wachstumskurs realisierbar.

### 3. Offener Dialog und verantwortungsvolle Partizipation

Mit dem Universitätsgesetz 2002 wurde eine Universitätsorganisation geschaffen, die international als vorbildhaft wahrgenommen wird, die sich grundsätzlich bewährt hat und in deren Rahmen auch die anstehenden Probleme - soweit sie von den Universitäten zu lösen sind - adäquat bearbeitet werden können. Die Rektorate sind jederzeit zu einem offenen Dialog bereit.

Wir laden insbesondere die Studierenden zu einer **konstruktiven Mitarbeit** in den zuständigen Gremien (Senaten, Curricularkommissionen) ein - die Studierenden (vertreten durch die ÖH) stellen immerhin ein Viertel der Mitglieder dieser Gremien.

Es ist anzuerkennen, dass die Studierenden mit ihrem Protest ein hohes Maß an Aufmerksamkeit für die dringenden Anliegen der Universitäten erreicht haben. Jetzt geht es aber darum, auf Basis konstruktiver Gespräche Probleme zu lösen.

Rückfragehinweis:

Manfred Kadi  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit  
Österreichische Universitätenkonferenz  
Liechtensteinstraße 22  
1090 Wien  
Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24  
Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22  
Email: [manfred.kadi@uniko.ac.at](mailto:manfred.kadi@uniko.ac.at)  
Homepage: [www.uniko.ac.at](http://www.uniko.ac.at)